

Vorsitzende der SPD
Frau Saskia Esken, MdB
Wilhelmstraße 141
10963 Berlin

23. März 2021

**Gemeinsames Schreiben:
Unabhängige Patientenberatung braucht einen Neustart: Jetzt**

Sehr geehrte Frau Vorsitzende,

das Gesundheitswesen in Deutschland ist extrem komplex und in hohem Maße von den Interessen der Krankenkassen und Leistungserbringer geprägt. Für Patientinnen und Patienten – Laien in diesem System – ist eine unabhängige Beratungsinstanz daher eine unerlässliche Anlaufstelle.

Bei der Unabhängigen Patientenberatung (UPD) erhalten die Bürgerinnen und Bürger Informationen, Beratung und Aufklärung zu gesundheitlichen und gesundheitsrechtlichen Fragen. Der Bundesrechnungshof (BRH) hat die Patienten- und Verbraucherberatung gemäß § 65b SGB V überprüft und im vergangenen Jahr einen Bericht vorgelegt. Dieser legt grundsätzliche Defizite und Schwachstellen der gegenwärtigen Beratungsstruktur offen. Insbesondere kritisiert der BRH den derzeitigen Träger der UPD dahingehend, dass bis zum Ende der laufenden Förderphase 20 Millionen Euro und damit rund ein Drittel der gesamten Fördersumme an den Mutterkonzern der Unabhängigen Patientenberatung gGmbH fließen. Der BRH empfiehlt, dass die UPD künftig möglichst frei von wirtschaftlichen Interessen und sonstigen Abhängigkeiten betrieben wird. Auch die befristete Vergabe hat sich aus Sicht des BRH nicht bewährt. Essentielle Strukturen, Erfahrung und Fachexpertise gingen durch die fehlende Kontinuität bei der UPD immer wieder verloren. Die UPD muss immer wieder von vorne anfangen.

Reform der UPD noch in dieser Legislaturperiode nötig

Die Patientenbeauftragte der Bundesregierung und die Gesundheitspolitikerinnen und -politiker der Koalitionsparteien sind sich einig, ein „Weiter-so“ ist für die UPD keine Option. Eine Reform ist nötig.

Die laufende Förderperiode der UPD endet jedoch bereits im Dezember 2022. Die Zeit drängt: Sofern in dieser Legislaturperiode die Reform der UPD nicht mehr angestoßen wird, greift der Automatismus einer erneuten Ausschreibung durch den Spitzenverband Bund der Krankenkassen (GKV-SV). Die Chance einer Reform im Sinne der

Patientinnen und Patienten wäre erstmal vertan. Die bestehenden Probleme würden fortgeschrieben.

Die unterzeichnenden Verbände fordern Sie daher auf, noch in dieser Legislaturperiode die Weichen für eine langfristig ausgerichtete und im Sinne der Patientinnen und Patienten ausgestaltete UPD zu stellen.

Anbindung an die Zivilgesellschaft wichtig

Die UPD hat eine lange zivilgesellschaftliche Tradition. Sie wurde von Patienten- und Verbraucherorganisationen ins Leben gerufen, weiterentwickelt und zum Erfolg geführt. Nun muss sie wieder auf ein unabhängiges Fundament gestellt werden. Durch die Anbindung der UPD an die Zivilgesellschaft, also die Rückkehr zu ihren Wurzeln, können verloren gegangenes Vertrauen zurückgewonnen und Akzeptanz und Bekanntheit in der Bevölkerung erreicht werden. Durch die Anbindung der UPD an die Zivilgesellschaft kann zudem ihre wichtige gesundheitspolitische Funktion als Seismograph für Problemlagen der Patientinnen und Patienten im Gesundheitswesen gestärkt werden.

Die UPD sollte für Patientinnen und Patienten nicht nur am Telefon und über digitale Kanäle präsent sein, sondern verstärkt auch direkt vor Ort. Regionale Beratungsstrukturen, zugehende und niedrigschwellige Angebote sowie die Vernetzung mit den bestehenden Beratungs- und Unterstützungsangeboten in den Kommunen können nicht ohne die Zivilgesellschaft sichergestellt werden. Gegen eine rein staatliche Lösung sprechen bereits erhebliche verfassungsrechtliche Probleme (vgl. beiliegende gutachterliche Stellungnahme von Prof. Kingreen).

Die UPD hat eine große gesamtgesellschaftliche Bedeutung. In der gegenwärtigen Pandemiesituation – im Jahr 2020 hatte jede dritte Beratung einen Bezug zu Covid-19 – wird dies nochmals deutlicher. Die notwendige Reform für eine UPD im Sinne der Patientinnen und Patienten muss nun kurzfristig angestoßen werden. Geeignete Vorschläge dafür liegen vor.


Für weiterführende Gespräche hierzu stehen wir Ihnen gerne zur Verfügung. Wenden Sie sich zur Terminvereinbarung bitte an den Verbraucherzentrale Bundesverband (Sabine Schubert unter sabine.schubert@vzbv.de oder 030-25800-511).

Wir wollen mit diesem Brief eine öffentliche Diskussion in Gang setzen und freuen uns auf Ihre Antwort.


Mit freundlichen Grüßen


Verena Bentele
Präsidentin Sozialverband VdK





Horst Frehe
Vorstandsmitglied Interessenvertretung Selbstbestimmt
Leben in Deutschland e.V.




Adolf Bauer
Präsident SoVD




Gregor Bornes
Sprecher Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen





Dr. Martin Danner
Geschäftsführer BAG Selbsthilfe e.V.





Karin Stötzner
Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V.




Eva M. Welskop-Deffaa
Vorstand Sozial- und Fachpolitik Caritas




Franz Müntefering
Vorstandsvorsitzender BAGSO




Monika Käus
Erste Vorsitzende Deutsche Alzheimer Gesellschaft




Prof. Dr. Rolf Rosenbrock
Vorsitzender Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband




Klaus Müller
Vorstand Verbraucherzentrale Bundesverband e. V.

